

Unsere Handlungsoptionen für den Politikwechsel

Bericht zu den Gesprächen mit den im zukünftigen Landtag vertretenen Parteien über Möglichkeiten zur Regierungsbildung

1. Die hessische SPD ist unter dem Motto „Gerechtigkeit macht stark“ bei der Landtagswahl am 22. September 2013 mit dem Ziel angetreten, einen Politikwechsel unter einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung in einer Koalition mit den Grünen durchzusetzen.

Die Kernpunkte des von uns angestrebten Politikwechsels sind

- a. Respekt vor harter Arbeit, u.a. durch ein Tariftreuegesetz, die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und die Rücknahme der 42-Stunden-Woche für den Öffentlichen Dienst.
- b. Respekt vor den Leistungen und Bedürfnissen von Familien, u.a. durch ein zukunftsfähiges Kinderförderungsgesetz (KiföG).
- c. Respekt vor allen Begabungen – u.a. durch die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe, die Schaffung echter Ganztagschulen und die Wiederherstellung der Durchlässigkeit im hessischen Bildungssystem.
- d. Respekt für die Aktiven in unserem Lande, die sich in Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen, Kultur, Sport und Initiativen ehrenamtlich und gemeinwohlorientiert vor Ort engagieren.
- e. Einleitung einer dezentralen, sicheren und bezahlbaren Wende zu den erneuerbaren Energien als starkem Teil der hessischen Wirtschaft und die zukunftsorientierte Entwicklung des Industrie- und Dienstleistungssektors in Hessen.
- f. Weitere zentrale Ziele sind für die hessische SPD
 - Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit
 - Gute Infrastruktur (Wohnungsbau, Verkehr, Kommunikation)
 - Stärkung von Städten und Gemeinden (u.a. Verbesserung Vereinbarkeit Familie und Beruf)

Notwendig dazu ist die Gewinnung finanzieller Spielräume, damit die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates erhalten bleibt für zwingend notwendige Investitionen.

2. Mit 30,7 Prozent der Stimmen hat die HessenSPD am 22.9. sieben Prozentpunkte hinzugewonnen und ein im Vergleich zur bundesweiten Situation der SPD gutes Ergebnis

erzielt, aber die angestrebte eigenständige Mehrheit mit Bündnis 90/Die Grünen nicht erreicht.

3. Der Landesparteirat hat am 28.9.2013 beschlossen, ergebnisoffen und auf der Grundlage der drei verbundenen Entscheidungskriterien **Inhalt, Vertrauen und Stabilität** mit allen im Hessischen Landtag vertretenen Parteien Gespräche aufzunehmen. Beauftragt wurde mit der Führung dieser Gespräche eine Kommission bestehend aus Thorsten Schäfer-Gümbel, Michael Roth, Gisela Stang, Gernot Grumbach, Manfred Schaub, Günter Rudolph und Nancy Faeser. An Gesprächen zum Bereich Haushalt und Finanzen nahmen für die SPD außerdem Norbert Schmitt und Matthias Kollatz-Ahnen teil.

4. Als Leitlinie für die Gespräche wurden durch Landesvorstand und Landesparteirat am 28.9. die Voraussetzung für jede denkbare Form der Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen festgelegt, dass die SPD-Programmatik sich klar und eindeutig erkennbar wiederfinden und ein echter Politikwechsel deutlich sein muss. Dies gilt insbesondere für unsere Vorstellungen zur Ordnung des Arbeitsmarkts, zum Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes, zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit, für eine leistungsfähige Infrastruktur, für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, für eine neue Partnerschaft mit den Kommunen und eine solide und auskömmliche Finanzierung unseres Gemeinwesens. Die SPD will eine Politik für Hessen, die soziale Gerechtigkeit wiederherstellt, die die Energiewende gelingen lässt, die für angemessenen und bezahlbaren Wohnraum sorgt sowie den Industrie- und Dienstleistungssektor zukunftsorientiert entwickelt.

5. Voraussetzung dafür ist eine stabile Regierung und ein hinreichendes Vertrauen in die Zusammenarbeit, um einen nachhaltigen und dauerhaften Politikwechsel auch tatsächlich realisieren zu können.

6. **Ergebnis der bisher stattgefundenen Gespräche**

Die im Rahmen der in den bisherigen Gesprächen gewonnen Einschätzungen zu den verschiedenen Varianten einer Regierungsbildung werden im Folgenden dargestellt.

a) Rot-grün-rote Koalition

Dem Kerninteresse der SPD folgend, eine zukünftige Landesregierung anzuführen, wurden insgesamt vier gemeinsame Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke über die Möglichkeit eines gemeinsamen Bündnisses geführt. Teilnehmende der Gespräche auf Seiten von Bündnis 90/Die Grünen waren Tarek Al-Wazir (Fraktionsvorsitzender), Mathias Wagner (Parlamentarischer Geschäftsführer), Kai Klose (Wirtschaftspolitischer Sprecher), Gerda Weigel-Greilich (Bürgermeisterin Gießen), Horst Burghardt (Bürgermeister Friedrichsdorf), Hildegard Förster-Heldmann

(Fraktionsvorsitzende in Darmstadt), Bettina Hoffmann (Mitglied des Landesvorstands).

Teilnehmende auf Seiten von Die Linke waren Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (Landesvorsitzende), Ulrich Wilken (Landesvorsitzender) Willi van Ooyen (Fraktionsvorsitzender), Janine Wissler (Fraktionsvorsitzende) Hermann Schaus (Parlamentarischer Geschäftsführer), Manfred Coppik (Mitglied des Landesvorstands).

Große Übereinstimmungen konnten im Grundsatz in wichtigen Feldern erreicht werden. Dabei sind sich alle drei Partner näher gekommen. Insbesondere bei Arbeit, Bildung, Energiewende und Bürgerrechten gab es große Fortschritte. Im Detail sind allerdings auch in diesen Feldern Positionen noch zu klären.

So bestand Einigkeit über die Notwendigkeit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleichwohl wurden erhebliche Differenzen zwischen SPD und Die Linke einerseits und B'90/Grüne andererseits hinsichtlich der Ganztagschulkonzepte deutlich. Gleiches gilt für die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe an Gymnasien und insbesondere die von der SPD angestrebte KiföG-Reform.

Diskrepanzen zwischen SPD und Grünen gab es bei der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im ländlichen Raum, der von den Auswirkungen des demographischen Wandels besonders betroffen ist.

Im Bereich Arbeit/Wirtschaft bestand grundsätzliche Einigkeit über ein Tariftreuegesetz mit Mindestlohnregelung, eine HPVG-Novelle, die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und - bei weiterem Klärungsbedarf hinsichtlich der möglichen zeitlichen Umsetzungshorizonte - den Ausstieg aus der 42-Stunden-Woche für Landesbeamte. Als nicht realisierbar wird von SPD und B90'/Grüne die von Die Linke geforderte Ausweitung des öffentlichen Dienstes um 30.000 Stellen angesehen. Erhebliche Differenzen wurden zwischen B'90/Grüne und Die Linke einerseits und der SPD andererseits auf dem Feld der Industriepolitik deutlich.

Innenpolitisch große Schnittmengen bestanden zwischen den drei Parteien im Bereich von Bürgerrechten, Informationsfreiheit und Datenschutz, dagegen Dissens hinsichtlich des Landesamtes für Verfassungsschutz und des Einsatzes von V-Leuten.

Bis dato unüberwindbare Differenzen zwischen SPD einerseits und B'90/Die Grünen und Die Linke andererseits treten im Bereich der Infrastrukturpolitik auf, insbesondere für die Zukunft des Flughafens Frankfurt. Während Einigkeit zwischen allen drei Parteien bestand, dass am Flughafen Frankfurt – insbesondere nach dem Wortbruch der schwarz-gelben Landesregierung beim Ausbau – eine neue Balance zwischen den berechtigten Interessen der Anrainer und den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens gefunden werden muss, formulieren sowohl B'90/Grüne als auch Die Linke weitreichende Positionen an die Einschränkung des Flugverkehrs, die jedoch nicht mit einem rechtlich und politisch umsetzungsfähigen Vorschlag versehen sind. Wir sind davon überzeugt, dass im Rahmen eines neuen Dialogs viel erreichbar ist. Die von B'90/Grüne in dieser Frage formulierte Äquidistanz zu SPD und CDU befremdet uns nachhaltig.

Als derzeit offenbar unüberwindbar müssen auch die Differenzen zwischen SPD und B'90/Grüne einerseits und Die Linke andererseits bei der Finanz- und Haushaltspolitik bewertet werden. Es bestehen grundlegend unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Wege und Instrumenten vor dem Hintergrund der einzuhaltenden Schuldenbremse und der noch deutlich dramatischeren als ursprünglich erwarteten Finanzlage (siehe dazu Punkt 7.).

Als problematisch für die Stabilität einer Zusammenarbeit erscheint der Kommission die von Die Linke vorgetragene Position, gleichzeitig als Regierungs- und Protestpartei agieren zu wollen. Erhebliches Konfliktpotenzial erscheint hier wahrscheinlich.

b) „Ampelkoalition“

Die zumindest rechnerisch mögliche Bildung einer „Ampelkoalition“ aus SPD, Grünen und FDP scheitert einerseits an der von der FDP bereits vor der Wahl beschlossenen Ablehnung durch einen Landesparteitag, andererseits an den derzeitigen Einschätzungen von Bündnis 90/Die Grünen.

Ein Gespräch mit der hessischen FDP zur politischen Lage in Hessen wird am 19.11. stattfinden. Dieses Gespräch hat auf ausdrücklichen Wunsch der FDP eine Prüfung der Möglichkeiten einer Ampelkoalition nicht zum Gegenstand.

Es ist bedauerlich, dass diese Option gegenwärtig nicht weiter verfolgt werden konnte.

c) Bildung einer Minderheitenregierung

Alle Optionen für die Bildung einer Minderheitenregierung scheitern derzeit am potenziellen Partner Bündnis 90/Die Grünen, der u.a. in zwei Beschlüssen seines Landesparteitags vom 28.9. und vom 2.11. alle Minderheiten- und Tolerierungsvarianten als nicht anzustreben bewertet hat.

Unabhängig von dieser ablehnenden Positionierung des dafür am ehesten infrage kommenden Partners ist festzuhalten, dass eine Minderheitenregierung in Hessen politisches Neuland wäre und eine Ausnahmesituation in der hessischen Landespolitik darstellen würde.

Die von der HessenSPD mit den Gesprächen beauftragte Kommission hatte dieses Modell, das neben den damit verbundenen politischen Risiken in seinen wechselnden Mehrheiten auch interessante Perspektiven für einen Politikwechsel eröffnet hätte, gleichwohl nicht von vornherein ausgeschlossen. U.a. würde das Modell einer „echten“ Minderheitsregierung, die mit wechselnden Mehrheiten regiert, die bestehenden Hindernisse mit der Partei Die Linke zu einer festen haushaltspolitischen Vereinbarung über eine vollständige Legislaturperiode zu kommen, in ihrer Bedeutung relativieren.

d) Große Koalition

Entsprechend dem Auftrag des Landesparteitags vom 28.9. wurde in ebenfalls vier

Gesprächen auch mit der CDU ausgelotet, ob eine Zusammenarbeit denkbar ist. Teilnehmende der Gespräche auf Seiten der CDU waren Volker Bouffier (Landesvorsitzender und Ministerpräsident), Dr. Christean Wagner (Fraktionsvorsitzender), Dr. Franz-Josef Jung (Stv. Landesvorsitzender), Peter Beuth (Generalsekretär), Eva Kühne-Hörmann (Stv. Landesvorsitzende, Ministerin für Wissenschaft und Kunst), Lucia Puttrich (Stv. Landesvorsitzende, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Holger Bellino (Parlamentarischer Geschäftsführer).

Wie zu erwarten ist festzustellen, dass zwischen HessenSPD und Hessen-CDU gerade beim für uns zentralen Bereich der Bildungspolitik weite Wege zu gehen sind. Allerdings zeigen die Gespräche auch, dass in diesem Bereich Kompromisskorridore vorhanden sind. Ähnliches gilt für die Bereiche Arbeit, Energie, Infrastruktur, Soziales und Kultur. Hinsichtlich eines echten Tariftreuegesetzes gibt es unterschiedliche Standpunkte, ein Kompromiss scheint aber möglich. Ein Pakt für Beschäftigung für den Öffentlichen Dienst scheint ebenfalls möglich. Chancen auf Einigung sind erkennbar hinsichtlich einer Änderung des § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (wirtschaftliche Betätigung der Kommunen) als Herzstück der von uns geforderten Energiewende.

Hinsichtlich der Infrastrukturpolitik sind Schnittmengen vorhanden bzw. scheinen Kompromisslinien möglich. So wird auf beiden Seiten Handlungsbedarf hinsichtlich des Flughafens in Kassel-Calden und einer neuen Balance bezüglich der Lärmproblematik am Flughafen Frankfurt gesehen.

Bei Fragen der Staatsmodernisierung und der Aufgabenverteilung zwischen Land und kommunaler Ebene wird übereinstimmend Handlungsbedarf gesehen, der in eine Enquete-Kommission „Staatsmodernisierung“ münden könnte. Es besteht zudem Einigkeit, dass eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) im Interesse der Kommunen voranzutreiben ist.

In der Sozialpolitik scheint ein Sozialbudget - und damit eine unserer Kernforderungen hinsichtlich der Behebung der Folgen der „Aktion Düstere Zukunft“ - möglich. Auch gibt es die Möglichkeit zu einer Neuausrichtung der Krankenhausplanung.

Die Gespräche über die Finanzpolitik haben unsere Befürchtung bestätigt, dass sich die Finanzlage des Landes noch wesentlich schlechter darstellt, als dies von der amtierenden Landesregierung im Wahlkampf zugegeben wurde (siehe 7.). Es besteht vor diesem Hintergrund Einigkeit, dass erhebliche Anstrengungen zum Erhalt der Handlungs- und Gestaltungskraft des Staates unternommen werden müssen.

7. Finanzsituation des Landes

Im Rahmen dieses Berichtes gesondert Erwähnung finden muss, dass im Rahmen der Gespräche deutlich wurde, dass die von der Landesregierung vorgelegte sogenannte mittelfristige Finanzplanung erheblich zu optimistische Zahlen veranschlagt.

So wurde beispielsweise der mittelfristigen Finanzplanung eine jährliche Erhöhung der Personalausgaben von lediglich 0,5 Prozent zugrunde gelegt. Dies ist als unrealistisch zu bewerten. Hinzu kommt, dass die veranschlagte globale Minderausgabe von

250 Mio. Euro jährlich bisher noch durch nichts gedeckt ist.

Die hessische CDU hat in den Gesprächen zudem eingeräumt, dass selbst bei Erfolg der vom Land geführten Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich frühestens 2018 Mehreinnahmen im Haushalt erwartet werden könnten.

Insgesamt stellt sich der Konsolidierungsbedarf deutlich höher dar, als bislang eingeräumt wurde.

8. Bewertung der bisher stattgefundenen Gespräche

- a. Die Gespräche zwischen allen Parteien sind für hessische Verhältnisse ungewöhnlich konstruktiv und offen, in der Sache klar und engagiert geführt worden. Dafür bedankt sich die HessenSPD bei den Mitgliedern der Sondierungskommissionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke. Alle Sondierungskommissionen haben auch auf mögliche Grenzen von Kompromissen aus Gründen der eigenen strategischen und inhaltlichen Positionierung hingewiesen. Das steigert die Hoffnung, dass sich die politische Kultur in Hessen verbessern lässt.
- b. Klar wurde in den Gesprächen aber auch, dass alle Parteien angesichts des schwierigen Wahlergebnisses Neuland betreten.
- c. Für die Bildung einer rot-grün-roten Koalition gibt es zwar beträchtliche politische Schnittmengen, aber auch bislang kaum überwindbare Differenzen in zentralen Fragen.

Die Linke stellt sich der zwingend notwendigen finanziellen Konsolidierung nicht. Sie definiert für die Zustimmung zu einem Koalitionsvertrag eine „rote Linie“, die nicht mit den aus der Verfassung resultierenden Erfordernissen in Einklang zu bringen ist. Die Linke hat jedoch in den finanzpolitischen Fragen eine gewisse Bereitschaft signalisiert, die Hindernisse für eine Einigung in einem Tolerierungsmodell umgehbar zu machen.

Ferner ist ihr politisches Selbstverständnis – Protest- oder Gestaltungspartei – nicht geklärt.

Erhebliche Diskrepanzen wurden in den Gesprächen deutlich zwischen SPD und Grünen hinsichtlich der Themen KiföG, Ganztagschulausbau und hinsichtlich politischer Maßnahmen, die erforderlich sind, um auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Erhebliche Differenzen gibt es beim Thema Flughafen Frankfurt. SPD und B'90/Grüne sehen die rechtliche und faktische Ausgangslage sehr ähnlich, sind sich in der Zielsetzung einer Lärmreduzierung einig. Die Position von Die Linke zur Schließung der Landesbahn ist nicht umsetzbar. Der neue Flughafendialog mit klaren Zielsetzungen ist der Partei Die Linke zu langwierig. Alternativen werden aber nicht aufgezeigt.

- d. Die Bildung einer Minderheitsregierung oder eines Tolerierungsmodelles ist aufgrund der bisher ablehnenden Haltung von B'90/Die Grünen derzeit nicht möglich.
 - e. Gespräche über eine „Ampelkoalition“ können aufgrund der grundsätzlich ablehnenden Haltung der FDP gegenwärtig nicht stattfinden.
 - f. Die Gespräche mit der CDU über Möglichkeiten einer großen Koalition lassen teilweise deutliche Bewegung bei der CDU in vielen für die SPD wichtigen Feldern erkennen. Allerdings wird es, gerade in der Bildungs- und Innenpolitik, Grenzen des mit der CDU Erreichbaren geben. Es gibt zwischen SPD und CDU in Hessen unterschiedliche Positionen in gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Problematisch ist die Finanzlage, die allerdings jede Regierungskonstellation vor erhebliche Herausforderungen stellen wird.
 - g. Für die SPD ist der selbstbewusste Gang als starke Oppositionskraft gegenüber einer schwarz-grünen Landesregierung ebenfalls ein gangbarer Weg. Schwarzgrün bedeutet Stillstand in wichtigen sozial-, bildungs- und wirtschaftspolitischen Fragen sowie eine schwierige Situation für die Städte und Gemeinden (z.B. bei den Themen KiföG und KFA-Reform). Verbunden damit ist für weitere fünf Jahre der Verzicht auf Gestaltungsoptionen und somit der Möglichkeiten, zentrale Kernpunkte aus unserem Wahlprogramm umzusetzen. Die SPD wäre dann zwanzig Jahre in keiner Regierungsverantwortung. Ungewiss ist zudem, ob durch die Bildung schwarz-grünen Koalition ab 2018 Gestaltungsoptionen verloren gehen könnten.
 - h. Die HessenSPD setzt weiterhin alle Kraft darauf, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Wir sind angetreten, um zu gestalten. Dazu stehen wir auch weiterhin.
9. Der Landesparteirat nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und fordert alle Unterbezirke auf, diesen Bericht kurzfristig intern bis zum 28.11. zu beraten. Der Landesparteirat am 29.11. und der Landesparteitag am 30.11. werden dann abschließend Konsequenzen aus den Gesprächen ziehen und das weitere Verfahren beschließen.
10. Über jede Form der Regierungsbeteiligung und die zugrundeliegende Koalitions- bzw. Kooperationsvereinbarung entscheidet abschließend, wie von Landesvorstand und Landesparteirat am 28.9. beschlossen, mindestens ein Landesparteitag.